

Architektenkammer Niedersachsen

z.Hd. Lars Menz

Friedrichswall 5

30159 Hannover



22. Juli 2022

E-Mail: Susanne.haussmann@aknds.de

Sehr geehrter Herr Menz,

vielen Dank für das Schreiben von Herrn Marlow am 24. Mai 2022. Damit sich die Architektenkammer Niedersachsen ein umfassendes Bild über die Ziele und Maßnahmen der CDU in Niedersachsen für die nächste Legislaturperiode in Niedersachsen machen kann, beantworten wir sehr gerne Ihre Wahlprüfsteine.

1. Bezahlbaren und qualitätvollen Wohnungsbau fördern

Niedersachsen benötigt mehr bezahlbaren Wohnraum. Dafür müssen wir die Bautätigkeit erleichtern. In Kooperation mit örtlichen Baugenossenschaften, den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften und privaten Investoren werden wir eine Bauoffensive ins Leben rufen. Unser Ziel ist, dass öffentliche und private Wohnungsbaugesellschaften preiswerter an Bauland kommen. Was aus unserer Sicht nicht hilft, sind neue Strukturen wie beispielsweise eine Landeswohnungsbaugesellschaft. Diese würde lediglich die gute Arbeit der regionalen Partner entwerten und keinen wesentlichen Beitrag zur Linderung des Wohnraummangels leisten.

Das Baulandmobilisierungskonzept des Bundes wird durch das Land konsequent umgesetzt. Die Kommunen erhalten bei der Aktivierung von Bauland und bei der Erhaltung von bezahlbaren

Wohnraum Unterstützung. Außerdem werden wir sie bei dem Rückbau von sanierungsbedürftigen Wohnblöcken unterstützen. Landesliegenschaften, die für eine Bebauung geeignet sind, werden vergünstigt an die Kommunen zur Wohnraumgewinnung abgegeben. Die Ansprüche für die Flächenkompensation werden reformiert, sodass mehr Bauland zur Verfügung steht. In der letzten Novelle der niedersächsischen Bauordnung (NBauO) wurden zudem bereits Vereinfachungen bei Baugenehmigungen, bei der Aufstockung von Gebäuden und beim Bauen mit Holz umgesetzt. Die Sicherstellung von heimischen Rohstoffen und die Nutzung von mehr Recycling bei Baustoffen, auch und gerade bei öffentlichen Vergaben, müssen Priorität haben.

Wir setzen uns dafür ein, dass auch angesichts der weiter eskalierenden Baukostenindizes die wichtige Arbeit der Baukostensenkungskommission fortgesetzt werden kann. Höhere Baustandards z.B. bei Barrierefreiheit und Klimaschutz sollten verhältnismäßig ausfallen, um dem Anstieg der durchschnittlichen Baukosten im Wohnungsbau erfolgreich entgegenzutreten zu können. Wir wollen zudem moderne Verfahren wie das serielle Bauen sowie den Einsatz alternativer Baustoffe wie Holz weiter erleichtern.

Für das Handwerk brauchen wir dringend eine Fachkräfteoffensive, die mehr Ausbildung ermöglicht.

2. Klimaschutz und Nachhaltigkeit unterstützen

Mit der energetischen Sanierung von Gebäuden können wir einen wichtigen Schritt gehen, um die Klimaziele zu erreichen. Daher werden wir eine umfassende klimagerechte und wirtschaftliche Sanierung der Landesliegenschaften starten bzw. auf bereits eingeleitete Vorarbeiten aufbauen. Wir setzen auf innovatives Bauen mit nachhaltigen Baumaterialien, die ressourcenschonend produziert und wiederverwendet werden können. Landesliegenschaften werden bei kommenden Renovierungen und Sanierungen mit Photovoltaikanlagen, Fassadenbegrünung zur Verbesserung des Mikroklimas und E-Ladesäulen ausgestattet.

Als CDU haben wir besonders Menschen mit kleinem Einkommen im Blick. Klimaschutz und ein Ausbau der erneuerbaren Energien sorgen für verlässliche niedrige Energiepreise. Der Ausbau des ÖPNV wird dazu führen, dass die Alternative zum Individualverkehr immer besser wird. Wir setzen uns dafür ein, dass Energie zukünftig mit dem verminderten Steuersatz von 7 Prozent besteuert wird. Die EEG-Umlage ist schon abgeschafft worden. In Bezug auf die Energieerzeugung durch Erneuerbare Energien öffnen wir die Tür dafür, dass mehr Menschen von den finanziellen Vorteilen profitieren, beispielsweise durch Bürgerwindparks.

Zudem haben wir im kürzlich beschlossenen Niedersächsischen Klimagesetz die Ziele für den Klimaschutz deutlich nachgeschärft und erreichen früher als bislang geplant Klimaneutralität. Auf

dem Weg dahin setzen wir auf Flächenziele für den Ausbau der Windenergie und der Photovoltaik: Bis zum Jahr 2033 werden auf 2,2 Prozent der Landesfläche Windkraftanlagen stehen und auf 0,47 Prozent der Landesfläche Photovoltaikanlagen. Auf Neubauten und über größeren Parkplätzen müssen zukünftig Photovoltaikanlagen errichtet werden. Hier geht das Land stark voran und hat sich für die Landesliegenschaften noch ambitioniertere Ziele gegeben.

3. Umbauordnung einführen, Bauen im Bestand verstärken

Damit mehr Bauen im Bestand möglich ist, werden wir neue Auflagen für die Bestandsentwicklung in Form eines niedersächsischen Umbaurechts etablieren. Wir werden intensiv gegen Leerstand und Zweckentfremdung von Wohnraum vorgehen, insbesondere in den Bereichen, in denen der Wohnungsmarkt ohnehin angespannt ist. Nicht bewohnte Wohnungen werden schneller modernisiert und saniert. Dabei wollen wir auch auf erfolgreiche kommunale Programme wie „Jung kauft Alt“ aufbauen. Die Aufstockung von Gebäuden und der Ausbau von Dachgeschossen sowie weitere Maßnahmen zur Innenraumverdichtung werden wir rechtlich vereinfachen und überdies finanziell unterstützen. Wir werden die Kommunen unterstützen, landwirtschaftliche Betriebe und Gewerbebrachen in Wohnraum zu überführen. Die Veränderungen der Innenstädte müssen gestaltet und gelenkt werden. Leerstand im Gewerbebereich und auch bei Bürogebäuden und gleichzeitiger Wohnungsmangel passen nicht zueinander. Die Stadt der Zukunft wird sich auch im Zentrum lebendiger präsentieren, als dies bislang der Fall ist.

4. Vorbildrolle beim öffentlichen Bauen ausfüllen und Sanierungsstau bekämpfen – Aufgaben in einem Bauministerium bündeln

Mit einer Investitionsoffensive werden wir den Sanierungsstau bei den Liegenschaften des Landes auflösen. Ein wesentlicher Teil dieser Sanierungsbedarfe besteht an den niedersächsischen Hochschulen sowie an Kultureinrichtungen in Landesbesitz. Bei der Ermittlung von Sanierungsbedarfen sowie der Priorisierung baulicher Maßnahmen wollen wir erzielbare energetische Einsparungen verstärkt berücksichtigen. Hierzu setzen wir auf ein ambitioniertes Hochschulbauprogramm. Eine Vorbildrolle kommt dabei den großen Bauvorhaben an der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen zu, bei denen das Ziel einer klimagerechten Bauweise bereits zentral implementiert worden ist.

Gerade beim Klimaschutz muss die öffentliche Hand bei ihren eigenen Gebäuden Vorbild für die Bürgerinnen und Bürger im Land sein. Die konsequente Anwendung von Gebäudedatenmodellierung ist für uns in Zukunft selbstverständlich, um die Digitalisierung voranzubringen. Das Thema „Bauen“ ist im Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz

sehr gut aufgehoben. Ein eigenes Ministerium halten wir nicht für erforderlich. Strukturen allein bringen keinen Fortschritt.

5. Vergabe verbessern und Planungswettbewerbe stärken

Architektenwettbewerbe und Kunst am Bau gehören auch im Zuge der gegenwärtigen Veränderungen des Bauwesens zu wichtigen Zielen einer lebendigen Baukultur. Durch Modellprojekte wollen wir zudem das digitale Planen und Bauen weiter erproben und schrittweise als Standard einführen. Wettbewerbe dürfen aber nicht dazu führen, dass sich die Fertigstellung der Gebäude verzögert. Es wird stets im Einzelfall zu prüfen sein, ob PPP-, ÖPP- oder Totalunternehmermodelle für die Realisierung von Bauprojekten der richtige Weg sind. Problematisch könnte hier in der Tat die Beteiligung örtlicher Handwerker und Bauunternehmen sein. Dies kommt aber auf den Einzelfall an. Mit einer verbesserten Ausbildung für die kommunalen Bauämter stärken wir die örtliche Kompetenz und sorgen so für schnellerer Genehmigungsverfahren.

6. Baukultur und Denkmalschutz ernst nehmen

Denkmalschutz und Klimaschutz müssen einander nicht entgegenstehen. Im Niedersächsischen Klimagesetz haben wir im Juni 2022 Regelungen in Kraft gesetzt, die immer noch die schützenswerte Substanz des Denkmals erhalten und nicht irreversibel in dieses Eingreifen und dennoch einen zusätzlichen Ausbau bei den erneuerbaren Energien ermöglichen. Mit dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege steht den lokalen Akteuren ein kompetenter Partner zur Seite, um historische Bausubstanz zu sichern und behutsam an die Anforderungen der heutigen Zeit heranzuführen. Die Baukultur und der Staatspreis für Architektur werden auch weiterhin eine große Rolle spielen.

Niedersachsen verfügt sowohl in seinen Landesliegenschaften als auch im privaten Wohneigentum über einen vielfältigen denkmalgeschützten Baubestand. Wir setzen uns nachdrücklich für den Erhalt dieses kulturellen Erbes sowie die zweckmäßige Sanierung denkmalgeschützter Gebäude ein. Hierzu wollen wir den Denkmalschutz so praxistauglich weiterentwickeln, dass erforderliche Sanierungen wirtschaftlich durchführbar bleiben und Landesliegenschaften einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden können. Hierzu ist auch ein vernünftiger Ausgleich klima- und denkmalschutzrechtlicher Interessen z.B. bei der energetischen Sanierung oder der Nutzung von Dachflächen für Photovoltaik erforderlich. Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege führt als Denkmalfachbehörde das Denkmalverzeichnis. Dabei orientiert es sich an wissenschaftlichen Standards und stellt dadurch sicher, dass die Zeugnisse sämtlicher Epochen der

Bau- und Kunstgeschichte angemessen berücksichtigt werden. Der reibungslose Vollzug des Denkmalschutzgesetzes erfordert fachkundiges Personal. Hier kommt der ständigen Fortbildung sowie entsprechenden Beratungs- und Qualifizierungsangeboten seitens der Denkmalfachbehörde eine wichtige Funktion zu.

Im Januar 2020 wurde der Denkmalatlas Niedersachsen ins Leben gerufen. Unter www.denkmalatlas.niedersachsen.de wird der Denkmalbestand des Landes von weit über 100.000 Objekten allen Interessierten, wozu auch viele Architekten gehören, sukzessive zugänglich gemacht. Die digitale Erfassung der niedersächsischen Kulturdenkmale ist der CDU ein wichtiges Anliegen.

7. Fachkräftemangel durch qualitätsvolle Ausbildung bekämpfen

Den heute schon bestehenden und in Zukunft noch größer werdenden Fachkräftemangel bekämpfen wir bereits aktiv. Aufgrund der unverändert hohen Baukonjunktur wachsen die Herausforderungen einer nachhaltigen Fachkräftesicherung in Architektur und Ingenieurwesen kontinuierlich an. Gleichzeitig verändern sich die Berufsbilder der sog. kleinen Fächer, z.B. in Fragen der Stadtentwicklung oder des Klimaschutzes, und erfordern angepasste Curricula und leichtere Übergänge zwischen Bachelor- und Masterstudiengängen. Der Fachkräftebedarf besteht dabei nicht nur in den Planungs- und Architektenbüros, sondern auch in den kommunalen Bauverwaltungen. Wir wollen dazu beitragen, die personellen Engpässe in den Bauverwaltungen zu überwinden. Hierzu werden wir auch die eingeleitete Neuaufstellung des Staatlichen Baumanagements konsequent fortführen und weitere Synergien im Zuge der Digitalisierung von Verwaltungsgängen heben.

Wir werden das Angebot an Studienplätzen und dualen Ausbildungen bedarfsgerecht weiter ausbauen. Hierzu werden wir gemeinsam mit der Architektenkammer zusätzliche Bedarfe in der Architektur sowie in den sog. kleinen Fächern der Landschafts- und Innenarchitektur sowie des Städtebaus ermitteln und geeignete Maßnahmen einleiten. Hierbei wollen wir auch auf den in der letzten Novelle des Architektengesetzes angepassten Regelungen zur Verkammerung aufbauen, um den Veränderungen der Berufsbilder der Architektur angemessen Rechnung zu tragen.

Wir wollen gerade kleinere Architekten- und Planungsbüros bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen, um neue Verfahren einschließlich des digitalen Planens und Bauens qualitätsgesichert und berufsbegleitend zu vermitteln. Hierbei wollen wir auch auf die erfolgreiche Arbeit des BIM Clusters Niedersachsen aufbauen. Wir werden daher das Angebot an Studienplätzen und dualen Ausbildungen weiter ausbauen. Einen Schwerpunkt legen wir dabei auf die Stärkung der Kompetenz in den kommunalen Verwaltungen. Durch eine konsequente Digitalisierung müssen Freiräume geschaffen werden, die den Mitarbeitern in den Baubehörden die

Chance geben, die Zeitspanne für Genehmigungen zu verkürzen. Dies dient auch den Architekten und dem Baugewerbe. Zukünftig muss das nachhaltige Bauen einen besonderen Schwerpunkt in den Lehrplänen darstellen, da der Schutz unserer natürlichen Ressourcen immer wichtiger wird.

8. Ländlichen Raum stärken

Wir bauen auf die Zusammenarbeit mit unseren Kommunen. Mit einem Digitalministerium werden wir ressortübergreifend die digitale Infrastruktur, vor allem im ländlichen Raum vorantreiben. Dies stärkt unsere kleinen Dörfer und Städte. Dabei muss sich der Siedlungsbau allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung zukünftig auf bereits genutzte Flächen beschränken. Dazu haben wir im Niedersächsischen Klimagesetz ein Entsiegelungskataster verankert, um die Inanspruchnahme neuer Flächen auf netto null zu bringen.

Generell muss Wohnen in Niedersachsen attraktiver werden. Wir wollen mehr Menschen in die eigenen vier Wände bringen. Dafür werden wir ein niedersächsisches Baukindergeld einführen. Es soll vor allem Familien mit Kindern den Kauf des Eigenheims oder den Umbau ihrer Bestandsimmobilie erleichtern. Am besten geschieht dies im Bestand bzw. in bestehenden Siedlungen.

Wir setzen uns für eine sachgemäße Weiterentwicklung der Landesraumordnung ein, um den Kommunen notwendige Handlungs- und Entscheidungsspielräume zu sichern. Wir setzen uns für den Abbau baurechtlicher Hürden sowie die Vereinfachung von Genehmigungsverfahren ein, um die Sanierung von Wohnraum sowie die Belebung von Ortskernen zu unterstützen. Einschränkungen des Baus z.B. von Ein-Familien-Häusern stellen wir uns entschlossen entgegen.

9. Schulbau zukunftsfähig machen

Die Anforderungen an den Lernort Schule haben sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Die digitale Schule und Hochschule brauchen neue Räume. Mithilfe eines Hochschulbauprogramms und ggf. auch mit Hilfe von Public-Private-Partnership-Modellen werden wir die Modernisierung und Sanierung von Hochschulen vorantreiben. Der lokale Schulbau ist Aufgabe der Kommunen, denen wir aber mit Empfehlungen kompetent zur Seite stehen werden. Das Rad muss nicht in jeder Stadt oder Gemeinde neu erfunden werden. Dafür könnten „Runde Tische“ und der Blick über den Tellerrand zu unseren europäischen Nachbarn hilfreich sein. Wir wollen von den Besten in Europa lernen.

Gemeinsam mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir unser Land nach vorne bringen. Deshalb haben wir zunächst in einem ebenso intensiven wie interaktiven Prozess Ideen mit unseren Mitgliedern, mit Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern in Niedersachsen ausgetauscht. Dafür sind wir sehr dankbar. Am 9. Juli 2022 auf dem Landesparteitag in Lingen haben wir unser Regierungsprogramm abschließend beraten und beschlossen. Nun freuen wir uns, dass wir allen Niedersächsinen und Niedersachsen mit unserem Programm ein zukunftsgerichtetes und innovatives Angebot für die kommenden fünf Jahre machen können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CDU in Niedersachsen